

Krise in Rumänien: Ein System, das auf der Erzählung von der „Bedrohung durch die extreme Rechte“ basiert, bröckelt

Die Zersplitterung der rumänischen Koalition deutet auf einen allgemeinen Legitimitätsverlust der eurozentrierten politischen Ordnung hin.

26. April 2026 | Erkin Oncan

Rumänien ist nach dem Rücktritt von sechs Ministern der Sozialdemokratischen Partei (PSD) – was etwa einem Drittel der Koalitionsregierung entspricht – erneut in eine Phase politischer Unsicherheit gestürzt. Die Regierung unter Premierminister Ilie Bolojan – hier im November 2025 in Bukarest abgebildet – scheint bei ihrer ersten großen Bewährungsprobe das Gleichgewicht verloren zu haben, das sie im Zusammenhang mit ihrer Reformagenda aufzubauen versucht hatte. Die Rücktritte in der PSD offenbaren nicht nur eine Regierungskrise, sondern auch die Fragilität eines politischen Konstrukts, das unter europäischem Druck geformt wurde.

Die PSD-Führung bezeichnete den Rücktritt der Minister als „den Beginn des Wandels, den eine breite Mehrheit der rumänischen Bürger fordert“. In ihrer Erklärung argumentierte die Partei, dass der Ministerpräsident nicht mehr über eine parlamentarische Mehrheit verfüge und es ihm daher an demokratischer Legitimität mangle, um zu regieren. Gleichzeitig signalisierte die PSD ihre Bereitschaft, sich an der Bildung einer neuen pro-europäischen Regierung zu beteiligen, und sprach sich für einen politischen oder technokratischen Ministerpräsidenten aus, der in der Lage sei, eine parlamentarische Mehrheit zu sichern.

Bolojan weigerte sich jedoch, zurückzutreten, und bestand darauf, dass die Regierung ihre Arbeit in dieser schwierigen Zeit fortsetzen müsse. Er kündigte zudem an, dass die vakanten Ministerposten vorübergehend von anderen Kabinettsmitgliedern übernommen würden. Doch diese Maßnahmen können das tiefer liegende Problem kaum verbergen: Die Koalition selbst zerfällt.

Diese Koalition war im Juni 2025 mit dem ausdrücklichen Ziel gegründet worden, den Aufstieg der rechtsextremen „Allianz für die Union der Rumänen“ (AUR) einzudämmen. Dahinter verbarg sich jedoch eine weitreichendere politische Intervention: Das Verfassungsgericht hatte den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen vom November 2024 für ungültig erklärt und dabei den Verdacht auf russische Einmischung zugunsten des nationalistischen Kandidaten Călin Georgescu angeführt. In diesem Sinne fungierte das Narrativ der „rechtsextremen Bedrohung“ nicht nur als mediales Klischee, sondern als Instrument zur Neugestaltung der politischen Landschaft.

Der rumänische Fall veranschaulicht ein allgemeineres Muster: In ganz Europa wird die Angst vor der „Rechtsextremen“ oft genutzt, um die Einschränkung des Volkswillens zu rechtfertigen, unerwünschte politische Strömungen an den Rand zu drängen und Wahlpräferenzen neu zu verpacken. Koalitionen, die unter dem Banner der „Pro-Europäer“ gebildet werden, untergraben eher die öffentliche Unterstützung, anstatt die zugrunde liegenden Probleme zu lösen. Rumänien bildet da keine Ausnahme. Die PSD war der größte Partner in der Koalition, neben Bolojans Mitte-Rechts-Partei und zwei weiteren Mitte-Rechts-Parteien. Doch ihre erklärten Ziele sind weitgehend nur auf dem Papier geblieben.

Die Ziele waren klar: Stabilisierung einer Wirtschaft, die unter dem höchsten Haushaltsdefizit in der EU litt, Freigabe von 11 Milliarden Euro an EU-Konjunkturlösungen und Erhalt des Investment-Grade-Ratings des Landes. Der zur Erreichung dieser Ziele eingeschlagene politische Kurs stützte sich jedoch in hohem Maße auf Steuererhöhungen, Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und den Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst – wodurch die Last erneut voll und ganz auf den Schultern der einfachen Bürger lastete.

Am auffälligsten ist der ideologische blinde Fleck in der europäischen Politik. Wenn Menschen nach Sicherheit, Stabilität und Unabhängigkeit streben und wenn unabhängige linke Alternativen an den Rand gedrängt werden, finden diese Forderungen oft ihren Ausdruck durch Akteure, die sich rechts positionieren. Dies ist nicht bloß ein „Ruck nach rechts“, sondern das Ergebnis einer tieferen politischen Soziologie. Da die europäische Integration Fragen der Souveränität und Unabhängigkeit in den Hintergrund drängt, entfremdet sie die Wähler zunehmend.

Noch auffälliger ist die hier zum Tragen kommende Doppelmoral: Während Europa im Umgang mit Russland sogar mit den extremsten rechten Kräften pragmatische Bündnisse eingeht, werden diejenigen, die sich für eine unabhängige Außenpolitik, gleichberechtigte internationale Beziehungen oder eine Annäherung an Moskau einsetzen, schnell als „rechtsextrem“ abgestempelt. Dadurch werden sowohl politische Definitionen als auch die Realitäten vor Ort verzerrt. Einerseits wird der Volkswille im Namen der „Demokratie“ eingeschränkt; andererseits wird die Gegenreaktion, die dies hervorruft, kriminalisiert. Letztendlich wälzt Europa die Last seiner eigenen Widersprüche auf seine Bürger ab.

Das letzte Wort in dieser Entwicklung hat jedoch das Volk. Die Zersplitterung der rumänischen Koalition ist nicht nur eine Regierungskrise – sie signalisiert einen umfassenderen Legitimitätsverlust der eurozentrierten politischen Ordnung. Ganz gleich, wie energisch Gesellschaften in vorgegebene politische Schemata gepresst werden, suchen sie letztendlich anderswo nach Sicherheit, Unabhängigkeit und echter Vertretung. Und dieses Mal drückt sich diese Suche nicht in den Etiketten Brüssels aus, sondern in den Realitäten vor Ort.